

Kurz-Link: <http://www.faz.net/-01zbwp>

EU-Steuerkommissar Semeta

„Wir arbeiten mit extrem niedrigen Steuersätzen“

Vor einem Jahr hielt Steuerkommissar Algirdas Semeta wenig von der Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf EU-Ebene. Nun will er sogar die Finanzierung des Budgets daran knüpfen. Alles eine Frage des Designs, sagt er im F.A.Z.-Gespräch.



Algirdas Semeta

07. Juli 2011 Herr Semeta, vor einem Jahr haben Sie sich im Gespräch mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung skeptisch gezeigt, ob eine Finanztransaktionssteuer auf EU-Ebene sinnvoll wäre. Nun fordert die EU-Kommission nicht nur die Einführung einer solchen Steuer, sondern will auch noch den EU-Haushalt damit finanzieren. Woher kommt der Sinneswandel?

Damals gab es nur eine erste, vorläufige Analyse. Seither haben wir uns genau angeschaut, welche Folgen eine zusätzliche Besteuerung des Finanzsektors hätte, und sind zum Schluss gekommen, dass eine Finanztransaktionssteuer sinnvoll wäre – solange sie nur klug „designed“ ist, etwa um die Abwanderung von Finanzdienstleistungen aus Europa zu vermeiden.

Aber besteht nicht genau diese Gefahr immer, wenn Sie Finanztransaktionen nur in der EU mit einer Steuer belegen, sie anderswo aber steuerfrei sind?

Nicht automatisch. Zehn EU-Staaten erheben schon eine Art Finanztransaktionssteuer – selbst Großbritannien mit der sogenannten Stempelsteuer. Taiwan hat eine solche Steuer und ist dennoch Finanzzentrum. Selbst die Schweiz erhebt eine Finanztransaktionssteuer, etwa auf den Handel mit Anleihen.

Zum Thema

Eurohilfen und Energiewende belasten den Etat

Kommentar: Der Griff nach der Steuer

EU-Kommission fordert etwas mehr Geld

Deutschland wehrt sich gegen eigene EU-Steuer

Noch vor einigen Monaten hat die Kommission die These vertreten, dass es auf EU-Ebene sinnvoller wäre, Finanzaktivitäten zu besteuern, nicht Transaktionen – also eine Steuer auf die Gewinne, Gehälter und Boni der Bankmanager zu erheben. Ist das vom Tisch?

Wir haben uns jetzt für die Besteuerung der Finanztransaktionen entschieden. Das vertreten wir in der G 20, das fordert das Europäische Parlament, auch Deutschland. Die Finanzaktivitätsteuer hat bisher wenig Anklang auf der politischen Ebene gefunden.

Der Präsident der Europäischen Zentralbank, Jean-Claude Trichet, hat eben erst vor dem Parlament davor gewarnt, dass eine Finanztransaktionssteuer mehr Probleme erzeugt, als sie Vorteile bringt.

Ich habe ehrlich gesagt mehr auf den zweiten Teil seiner Aussage geachtet, dass die Steuer sehr umsichtig gestaltet werden muss, und die Europäische Kommission wird sehr umsichtig vorgehen.

Es kommt also alles auf das Design an. Wie soll das aussehen?

Nun, zum einen werden wir die Steuer zunächst strikt auf Finanzinstitute beschränken, um sie nicht zu kompliziert zu machen. Dann arbeiten wir mit extrem niedrigen Steuersätzen .

Die Rede ist von 0,1 Prozent auf den Umsatz mit Aktien und Anleihen und 0,01 Prozent auf den mit Derivaten?

Das zumindest war die Basis für unsere letzte Studie. Ich will nicht ausschließen, dass wir im Herbst etwas andere Sätze in den endgültigen Vorschlag schreiben.

Wie viel wollen Sie einnehmen? Es ist von knapp 30 Milliarden Euro die Rede?

Das ist konservativ geschätzt. Wenn wir Währungen einbeziehen, werden es wohl mehr als 50 Milliarden Euro im Jahr sein – aber da gibt es noch juristische Bedenken. In dem Moment, in dem wir eine Finanztransaktionssteuer auf globaler Ebene einführen, sieht natürlich alles anders aus. Dann können wir auch die Steuersätze anheben.

Sie hoffen also nach wie vor auf eine globale Lösung? Die ist doch schon vor mehr als einem Jahr gescheitert.

Das ist einer der Gründe, warum wir sie auf EU-Ebene vorantreiben. Wir wollen als gutes Beispiel vorangehen und werden dann weiter auf globaler Ebene Druck machen – wie es das Europaparlament und die Staats- und Regierungschefs von uns gefordert haben.

Ein Großteil der Einnahmen soll in den EU-Haushalt fließen.

Die Finanzsteuer passt wegen ihrer Einfachheit gut als EU-Einnahmequelle.

Warum sollten die Staaten das akzeptieren? Deutschland, das die Finanztransaktionssteuer immer gefordert hat, hat die Einnahmen schon im eigenen Haushalt eingeplant.

Aber der Vorteil für die Mitgliedstaaten liegt doch auf der Hand. Wenn wir den EU-Haushalt künftig aus der Finanztransaktionssteuer finanzieren, reduziert sich der nationale Beitrag zum EU-Budget. Was es den Staaten im Übrigen leichter macht, ihre Defizitziele zu erreichen.

Aber de facto werden doch vor allem Großbritannien, Deutschland und Frankreich belastet, wo die Finanzzentren angesiedelt sind.

Das ist eine etwas verzerrte Sichtweise. Es zählt nicht, wo gehandelt wird, sondern wer handelt. Wir wollen die Einnahmen der Finanztransaktionssteuer deshalb nach dem Steuersitz des Handelnden aufteilen. Wie das genau geschehen soll, ist aber noch nicht entschieden.

Die Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer dürften wie der Markt sehr volatil sein. Was heißt das für das Budget?

Nun, schlicht dass im Zweifel muss der Anteil der Mitgliedstaaten angepasst werden muss.

Die Finanztransaktionssteuer war gedacht, um die Akteure am Finanzmarkt von riskanten Geschäften abzuhalten. Geht es Ihnen nun nur noch um Einnahmen für den Haushalt?

Es geht um beides, genau genommen um drei Dinge: Wir wollen Einnahmen erzielen, wir wollen eine faire Beteiligung des Finanzsektors an den Kosten der Krise, und wir wollen Methoden wie den Hochfrequenzhandel unattraktiver machen.

Das Gespräch führte Hendrik Kafsack.

Text: F.A.Z.
Bildmaterial: AP

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2011.
Alle Rechte vorbehalten.
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte erwerben



Verlagsinformation

Ob Mietvertrag, Arbeitsvertrag, Kredit oder Autokauf: Mit einem rechtssicheren Profi-Vertrag schließen Sie Risiken im Voraus aus. Zahlreiche Musterverträge finden Sie unter vertraege.faz.net

Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2011 - 2011
Dies ist ein Ausdruck aus www.faz.net.